Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 93 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 34 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchhandlung (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Reklam-Zeile 80 Goldpfg. m. Just.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 26. | Dienstag, den 2. Februar 1926. | 84. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 1. Febr. Wegen der geplanten Hinausschiebung des Inkrafttretens der vollen Friedensmiete, die am 1. April d. J. erreicht werden sollte, finden seit einiger Zeit zwischen den Regierungen der Länder und der Reichsregierung Verhandlungen statt. Die Länder verlangen, daß das Reich sie für den etwaigen Ausfall der für den 1. April in Aussicht genommenen Erhöhung der Mietsteuer entschädige, da sie ohne eine solche Entschädigung ihren Staatshaushalt nicht aufrechterhalten könnten. Die Stellung der Reichsregierung ist noch ungewiß. Es verlautet, daß das Inkrafttreten der vollen Friedensmiete wahrscheinlich zunächst nur bis zum 1. Juli d. J. verschoben wird.

Berlin, 1. Febr. Kommunisten drangen Freitag abend in eine Turnhalle in der Danzigerstraße ein und überfielen die dort turnenden Mitglieder des Turnvereins „Theodor Körner". Unter den Rufen „Rache für Charlottenburg" stürzten sie sich auf die Turner und begannen sie nach Waffen zu durchsuchen. Die inzwischen gerufene Schutzpolizei traf die Kommunisten noch in der Turnhalle an und nahm neun von ihnen fest. — Laut einer Blättermeldung hat die Berliner Sparkasse beschlossen, den Zinssatz für täglich fällige Spareinlagen mit Wirkung vom 1. Februar ab von 5 auf 4½ Prozent zu ermäßigen. Für die monatlich fälligen Spareinlagen ist zu einem späteren Termine mit einer Ermäßigung von 7 auf 6 Proz. zu rechnen.

Bereitstellung von Notstandsarbeiten.

Stuttgart, 31. Jan. Der Landtag hat das Staatsministerium am 21. November 1925 ersucht, in Rücksicht auf die zunehmende Arbeitslosigkeit im Lande dem Landtag alsbald Aufklärung über die Bereitstellung von Notstandsarbeiten im Sinne der produktiven Erwerbslosenfürsorge und zweckentsprechender Arbeitszuweisung zu geben. Das Staatsministerium hat dem Präsidium des Landtags hierauf mit Schreiben vom 26. Jan. folgendes mitgeteilt: „Das Arbeitsministerium ist Mitte Oktober, als die gegenwärtige Wirtschaftskrise sich auch in Württemberg in einem Anwachsen der Erwerbslosenziffer auszuwirken begann, an die Gemeinden und Amtskörperschaften, die in Betracht kommenden Ministerien, nämlich das Ministerium des Innern und das Finanzministerium, mit dem Ersuchen um Bereitstellung von Notstandsarbeiten insbesondere in dem Geschäftskreis der Straßen- und Wasserbauverwaltung und der Forstverwaltung, ferner an die Zentralstelle für die Landwirtschaft wegen Bereitstellung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiet der Kulturbauverwaltung herangetreten. Da die für das laufende Rechnungsjahr vorgesehenen planmäßigen Arbeiten der Staatsverwaltungen in der Hauptsache bereits durchgeführt waren und für weitere Arbeiten Planmittel nicht zur Verfügung standen, ist vom Arbeitsministerium mit Zustimmung des Finanzausschusses und des Finanzministeriums aus den Mitteln des Kap. 39 der Betrag von 648 000 RM. zur Durchführung von Notstandsarbeiten des Landes im Geschäftsbereich der Abteilung für Straßen- und Wasserbau, der Forstdirektion und der Zentralstelle für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Die Reichsbahndirektion, die wegen Bereitstellung von Notstandsarbeiten ebenfalls angegangen wurde, erklärte, daß ihr Mittel zur Durchführung von Notstandsarbeiten nicht zur Verfügung stünden, daß sie aber bereit sei, im Rahmen ihrer Planmittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit beizutragen; sie hat auch, was anerkannt werden muß, den Arbeitsmarkt lange Zeit stark entlastet und tut dies auch zurzeit noch. Auch die Reichspost, die hierzu nur geringere Möglichkeit hat, schuf Arbeitsgelegenheit bei einer Reihe von Hochbauten. Die Bemühungen um Bereitstellung weiterer Notstandsarbeiten werden fortgesetzt. Ihr Erfolg wird im wesentlichen von der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel abhängen. Auch die Durchführung der nachstehend erwähnten Notstandsarbeiten mit verstärkter Förderung (Darlehen aus Reichs- und Landesmitteln) macht die Bereitstellung weiterer Mittel bei Kap. 39 des Staatshaushaltsplans erforderlich. Die vorzeitige Inangriffnahme von im Rechnungsjahr 1926 vorgesehenen etatmäßigen Arbeiten wird zur Zeit zwischen den beteiligten Ministerien erörtert. Im einzelnen kommen folgende Notstandsarbeiten im Sinne der Bestimmungen über die produktive Erwerbslosenfürsorge in Betracht: 1. Das Land unternimmt eigene Notstandsarbeiten — Straßenbauten — im Geschäftsbereich der Straßenbau- und der Forstverwaltung im Umfang von rund 10 000 und 30 000 Erwerbslosenarbeitstagewerken. Außer diesen eigenen Notstandsarbeiten des Landes werden — zutreffendenfalls neben der Beteiligung des Landes an einer verstärkten Förderung (Darlehen) — eine Reihe von Notstandsarbeiten noch mit Zuschüssen aus Landesmitteln gefördert werden. Es sind dies: Straßenbauten von Gemeinden und Gemeindeverbänden mit rund 25 000, landwirtschaftliche Meliorationen mit rund 10 000 Erwerbslosentagewerken. Auch der demnächstige Abbruch des früheren Staatsministerialgebäudes an der Königstraße soll der Beschäftigung von Erwerbslosen dienen. 2. Als Notstandsarbeiten mit verstärkter Förderung (Darlehen) sind bereits anerkannt und in Durchführung oder zur Durchführung vorgesehen: Straßenbauten, Kanalisationen, Flußregulierungen und Wasserversorgungsanlagen für Gemeindegruppen u. a. insgesamt 33 Maßnahmen im Gesamtumfang von rund 700 000 Erwerbslosentagewerken und mit einem Gesamtförderungsbetrag von rund 2 000 000 RM., wovon die Hälfte auf das Land entfällt. An größeren Arbeiten befinden sich hierunter: in Feuerbach Gleisanlage für die Straßenbahn nach Gerlingen 13 000 Erwerbslosentagewerke, Flugplatz der Luftverkehr Württemberg RG. (10 000), Wasserversorgungsanlagen der Brenzgruppe (16 000), der Rotgruppe (11 000), der Mettergruppe (21 000), der Gruppe Bissingen-Nabern (7000), der Tekgruppe (65 000), Kanalverbesserung in Gmünd (30 000), Straßenbahn Reichenbach—Waldmannsweiler (10 000), verschiedene Straßen in Schwenningen (9000), Gas- und Wasserleitungsbauten in Sindelfingen (6250), Wasserversorgungsanlage in Waldstetten (OA. Gmünd (6000), Neckaruferregulierungen in Tübingen (10 000). Als Notstandsarbeit mit verstärkter Förderung zur Beschäftigung der Erwerbslosen in Stuttgart ist — im Vorstehenden nicht berücksichtigt — die Auffüllung des alten Neckarbetts bei Untertürkheim durch die Reichsbahndirektion Stuttgart mit einem Gesamtkostenaufwand von 500 000 RM. vorgesehen. Bei erheblichem weiteren Anwachsen der Erwerbslosenziffer in Stuttgart kommt unter Umständen die Tieferlegung des Neckarspiegels unterhalb Cannstatt mit einem Gesamtaufwand von 1,5 Millionen RM. in Betracht. Die Vorbereitungen sind im Gang. 3. Mit Grundförderung d. h. Zuschüssen aus dem Beitragsaufkommen (zum geringen Teil gleichzeitig mit verstärkter Förderung) werden Notstandsarbeiten von Gemeinden ausgeführt im Umfang von rund 230 000 Erwerbslosentagewerken. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Straßenbauten, Kanalisationen, Flußverbesserungen und landwirtschaftlichen Meliorationen. Die Erwerbslosen werden zu den Notstandsarbeiten nach § 7 der Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 (Reichs-Gesetz-Blatt I S. 50) herangezogen."

Die Befreiungsfeier in Köln.

Köln, 30. Jan. In drei Militärsonderzügen fuhr die englische Besatzung nach Wiesbaden. 4.40 Uhr verließ der letzte Zug den Bahnhof. Nach dem endgültigen Verlassen der Besatzung wurde an derselben Stelle, wo bisher die englische Flagge geweht hatte, eine Fahne in den Kölner Stadtfarben weiß-rot gehißt, was von der Menge lebhaft begrüßt wurde. Einige Zeit nach dem Einholen der englischen Flagge wurde auf dem bisherigen britischen Hauptquartier eine riesige schwarz-weiße Preußenfahne unter den brausenden Hochrufen der noch immer zahlreich auf dem Domplatz versammelten Menge gehißt. Das Kölner Telegraphenamt hat an alle mit ihm verbundenen Telegraphenämter folgenden Gruß gesandt:

Es lobt der Himmel in roten Glut,
Es brennen die Fackeln, es brennt das Blut.
In den Glockenturm jauchzen die Lieder hinein:
Es lebe die Freiheit am deutschen Rhein!
Die Berge klingen, es braust der Strom,
Die Glocken jubeln vom hohen Dom,
Vergessen die Jahre, die wir verbüßt,
O Freiheit am Rhein, sei gegrüßt!

In seiner Rede dankte der preußische Ministerpräsident Braun namens der preußischen Regierung der Bevölkerung dafür, daß Rheinlands Männer und Frauen im Bewußtsein ihrer nationalen und wirtschaftlichen Verbundenheit mit dem unbesetzten Vaterland in den vergangenen sieben Jahren eine unerhörte Fülle seelischen Leides und derben Ungemachs, wirtschaftlicher Not und harter Prüfungen erduldet haben. Die Drangsale und Entbehrungen der Besatzungsjahre sind von der Bevölkerung des Rheinlandes für uns alle im unbesetzten Deutschland getragen worden. Diese Erkenntnis ist heute Gemeingut aller Deutschen geworden! Wie bewußt und ehrlich trotz aller Sorgen das Verantwortlichkeitsgefühl des rheinischen Volkes und die Liebe dieses Volkes zu der Bevölkerung Gesamtdeutschlands gewesen ist, das kam in erhebender Weise zu kraftvollem Ausdruck in der denkwürdigen Rede, die der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer bei der rheinischen Jahrtausendfeier am Abend des 19. Juni des vorigen Jahres in dem historischen Gürzenichsaal in Köln gehalten hat. In jenem Zeitpunkt außenpolitischer Schwierigkeiten bat der Kölner Oberbürgermeister die anwesenden Vertreter der Regierung und der Volksvertretung, man möge freiwillig in keine neuen Lasten und Ketten für Deutschland einwilligen, lieber wolle die rheinische Bevölkerung Not und Qual weitertragen, bis Recht und Gerechtigkeit, auf deren Sieg das Rheinland fest vertraue, dem rheinischen Volk die Freiheit zurückgebe. Diese Bitte Adenauers fand in den folgenden Tagen überall im Rheinland ein lautes und uneingeschränktes Echo. Im unbesetzten Deutschland löste sie das Gefühl wärmsten Dankes und aufrichtigster Bewunderung aus. Als dann in den Oktobertagen des vorigen Jahres in Locarno die Paktkonferenz tagte, da war es der Wirtschaftsausschuß für das besetzte Gebiet, der am 12. 10. 1925 von Düsseldorf aus eine Drahtung an unsere Delegation nach Locarno sandte, in der gebeten wurde, die deutsche Delegation möge bei den schwebenden Verhandlungen nur die Interessen des gesamten deutschen Vaterlandes berücksichtigen und auf die Lasten des besetzten Gebiets keine Rücksicht nehmen, wenn diese Rücksicht etwa nur durch Nachteile für Gesamtdeutschland erkauft werden müßte. Die Geschichtsschreiber künftiger Jahre werden, wenn sie über die rheinische Besatzungszeit das endgültige Urteil zu fällen haben, auf diese beiden und ähnliche Dokumente noch oft zurückgreifen. Die preußische Staatsregierung wird sich immer dankbar und stolz der in der Zeit nationaler Not von der Bevölkerung ihrer westlichen Grenzprovinz gewiesenen magnhaften Treue und beispiellosen Opferwilligkeit erinnern und in dieser Erinnerung, die stets lebendig bleiben soll, ihre besondere Fürsorge und Pflege dem rheinischen Volke angedeihen lassen.... Unsere Freude am heutigen Tage wird freilich noch getrübt durch die schmerzliche Tatsache, daß mehr als vier Millionen Volksgenossen weiterhin unter fremder Besatzung leben müssen. All diesen noch leidenden Brüdern und Schwestern an Rhein, Mosel und Saar gelten in dieser Stunde unsere herzlichsten Grüße, unser aufrichtigster Dank und die unbedingte Versicherung, daß wir nichts unversucht lassen wollen, um ihre Leiden zu lindern und abzukürzen. Daß diese Abkürzung in nicht zu ferner Zeit eintritt, ist unsere zuversichtliche Hoffnung und bestimmte Erwartung.... Unsere Freude am heutigen Tag wird aber auch weiter noch beeinträchtigt durch die traurige Wirtschaftskrise, die unseren gesamten Volkskörper erfaßt, und über die weitesten Kreise Arbeitslosigkeit, Entbehrung, Hunger und Verzweiflung gebracht hat. Der Redner beleuchtete die Notlage, gedachte auch der Hochwasser-Nöte und schloß mit den Worten: Möge die weihevolle historische Stunde, in der wir hier am Fuße des heiligen Kölner Domes zusammengetreten sind, uns in dem erneuten Gelöbnis vereinen, treu zu Preußen und treu zum Reich zu stehen und nun, befreit von dem lähmenden Druck der Besatzung, in gemeinsamer zäher Aufbauarbeit unser deutsches Vaterland durch das Dunkel einer trüben Gegenwart einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Das Absingen der ersten Strophe des Chorals „Großer Gott, wir loben dich" bildete den Schluß der Feier.

Der neue Fememord-Prozeß.

Berlin, 1. Febr. Der mit großer Spannung erwartete Fememord-Prozeß, bei dem es sich um die Ermordung des Schützen Banier handelt, beginnt heute vormittag vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. Elf Angeklagte stehen vor dem Gericht und zwar der Feldschutzbeamte Alfred Aschenkamp, der Polizeiwachtmeister Johann Stein und der Fahrstuhlführer Walter Schirrmann, welche den Mord ausgeführt haben sollen, wegen gemeinen Mordes. Der Angestellte des Reichslandbundes Theodor Benn, der Hauptmann a. D. Adolf Gutknecht und Oberleutnant a. D. Eberhard Senden sind angeklagt, die drei ersten unter Mißbrauch ihres Ansehens als Vorgesetzte zu dem Mord veranlaßt zu haben. Der Angestellte des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Emil Stepelberg wird der Unterlassung der Anzeige bezichtigt, ebenso der Student Rudolf Zeitner, der Bildhauer Joachim Meder und der Beamtenanwärter Sietlage. Alle Angeklagte gehörten, ebenso wie der Ermordete, dem Arbeitskommando der „Schwarzen Reichswehr" an, welches auf dem Truppenübungsplatz Döberitz gebildet worden war. Die Angeklagten Schirrmann, Aschenbach und Stein haben in der Voruntersuchung erklärt, die Tat auf direkten Befehl ihrer Vorgesetzten Senden, Benn und Gutknecht begangen zu haben. Im Moment konzentriert sich natürlich alles Interesse darauf, ob nach Schweriner Muster die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden wird oder nicht. Da einer der Schweriner Verteidiger auch diesmals als Verteidiger fungiert, wird von der Verteidigung jedenfalls der Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragt werden. Die „Montagspost" will übrigens wissen, daß Graf Westarp vor kurzem bei dem Staatssekretär der Reichskanzlei Kempner gewesen sei, um ihn von einer „Gefährdung der Staatsinteressen" durch die Verhandlung in voller Oeffentlichkeit zu überzeugen. Wir können demgegenüber nur feststellen, daß im Reichskommissariat für öffentliche Ordnung, also der zunächst zuständigen Stelle, der Ausschluß der Oeffentlichkeit nicht gewünscht wird und daß auch der Reichswehrminister Geßler keinen Wert darauf legt, die sogenannte „Schwarze Reichswehr" noch länger in Dunkel zu hüllen.

Ausland

Pariser Stimmungsmache gegen weitere Räumung.

Paris, 1. Febr. Die Räumung Kölns wird jetzt von allen Blättern als „edler Akt der Besatzungsmächte" gefeiert und den Deutschen als Beweis vor Augen gehalten, daß Frankreich und England ihr Versprechen erfüllt haben. Nun sei es an Deutschland, mit der moralischen Abrüstung zu beginnen. Mit Nachdruck wird betont, daß eine Verkürzung der Räumungsfristen mit den Sicherheitsbedingungen Frankreichs nicht vereinbar sei. Bis zum Jahre 1935 wird die Okkupation dauern. Der chauvinistische „Temps" knüpft sogar die Einhaltung der Räumungsdauer an die Bedingung, daß Deutschland moralisch abrüsten müßte. Linksstehende Kreise bekunden ihren Unmut über die Rede des preußischen Ministerpräsidenten Braun. Sie verzeichnen mit sichtlichem Aerger, daß selbst die deutsche Sozialdemokratie für eine Verkürzung der Räumungsfrist eintritt. Man zitiert schließlich einen in der Londoner „Fortnightly Revue" erschienenen Artikel, in dem erklärt wird, daß die deutsche Propaganda zugunsten der beschleunigten Räumung des Rheinlandes einen ungewöhnlichen Umfang annehme und mit der Erfüllung des Dawesplanes in Zusammenhang gebracht werde. Der „Temps" protestiert gegen jede Verknüpfung der Reparationsbestimmungen mit den Räumungsfristen. Strikteste Einhaltung des Versailler Vertrages ist die Parole der offiziösen Presse. In der Locarno-Debatte wird Briand, wie der „Temps" versichert, darüber bindende Zusicherungen abgeben müssen.

Englische Berichte über die Befreiungsfeier.

Die Londoner Presse veröffentlicht eingehende Berichte über die Räumung Kölns, sowie Schilderungen der Kölner Befreiungsfeier. „Daily Chronicle" berichtet, daß man in London gestern habe hören können, wie die Kölner Bevölkerung die Stunde begrüßte, die für sie die Aufhebung eines Joches bedeutete, wenn auch eines leichten Joches, weil es das britische gewesen sei. Das Geläut der „deutschen Glocke" habe sich angehört „wie das donnernde Echo eines gewaltigen Gongs, vom Hammer eines Gottes geschlagen." Es habe überirdisch geklungen. Zwei Minuten lang habe ihre Stimme allein die Luft erfüllt. Dann habe man auch die anderen Glocken Kölns vernommen und sodann die Stimme des Oberbürgermeisters von Köln, dessen Schlußhochruf auf das geliebte deutsche Vaterland so deutlich vernehmbar gewesen sei, daß man den Eindruck gehabt habe, er stehe neben einem. Die donnernde Erwiderung der Bevölkerung sei überwältigend gewesen. In der „Daily News" wird ausgeführt, es sei ein Erlebnis für jeden Engländer gewesen, gestern abend in London am Kamin seines Hauses zu sitzen und den Jubel Deutschlands über die Befreiung Kölns von der britischen Besatzung mit anzuhören. Sämtliche Blätter bringen ausführliche Schilderungen der Kölner Räumungsfeierlichkeiten von ihren dortigen Berichterstattern. Sie sind durchweg in ruhigem Tone gehalten und zollen der kor-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

rekten Haltung des deutschen Publikums den abziehenden Truppen gegenüber Anerkennung. Der Berichterstatter der „Times" behauptet als einziger, daß beim Abmarsch der britischen Truppen „unterdrücktes Heulen und Pfeifen" aus der Volksmenge ertönte. Dagegen erklärt der Korrespondent des „Daily Telegraph" ausdrücklich, daß nur ein Beifallsruf ertönte, als die britische Flagge herabgelassen wurde, und noch einmal, als die britischen Truppen abmarschierten. Mit Befriedigung wird allgemein auf die guten Beziehungen, die zwischen den Engländern in Köln und den deutschen Behörden, wie dem deutschen Publikum während der ganzen Besatzungszeit geherrscht haben, hingewiesen, und es wird betont, daß dies der Fall gewesen sei, weil sie sich nicht als Sieger gebärdeten wie die andere Besatzung. „Daily News" sagt: „Niemand in England verdenkt der Bevölkerung Kölns ihre Jubelfeier. Man muß sich nur vorstellen, wie es in Manchester zugehen würde, wenn diese stolze Stadt von den Truppen einer siegreichen Nation besetzt gewesen wäre und endlich das Ende der Demütigung gekommen wäre. Es würde nichts daran geändert haben, selbst wenn die fremden Soldaten sich in England benommen hätten wie die Engel und viele von ihnen Mädchen aus Lancashire geheiratet hätten. An dem Tage, an dem die Soldaten auf immer abmarschiert wären, würde Manchester vor Freude toll geworden sein. So feiert Köln den überschäumenden Karneval, nicht weil die Engländer ein grausiges Regiment geführt haben, sondern weil ihre bloße Gegenwart ein fortwährendes Memento der Schande, der Niederlage und eine Beleidigung für die Selbstachtung der Stadtgemeinde war."

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Die Reichsbahndirektion hat u. a. den Eisenbahnobersekretär Moll in Neuenbürg (Enz) Bahnhof nach Hannover versetzt.

Neuenbürg, 30. Jan. Die Württ. Kinderhilfe e. V. Eßlingen bittet uns um Aufnahme folgender Aufklärung: Der Verein Kinderhilfe e. V. in Berlin bzw. wie solcher für Süddeutschland sich bezeichnet: „Der Vorstand der Kinderhilfe e. V., süddeutsche Landesstelle, Direktion Stuttgart", der gegenwärtig Mitglieder in Württemberg wirbt und Gelder sammelt, steht zu der Württ. Kinderhilfe e. V. Eßlingen in keinerlei Beziehung. Es handelt sich hier um eine Berliner Organisation. Die Betreuung verhältnismäßig weniger württembergischer Kinder durch diesen Berliner Verein dürfte wohl nur als Lockmittel für die württembergischen Geber dienen. Auch die Werbung von unterstützenden Mitgliedern ist lediglich als verschleierte Geldsammlung zu betrachten. Es muß als ein Unding bezeichnet werden, daß ein Berliner privater Verein sich anmaßt, berufen zu sein, Fürsorge für erholungsbedürftige württembergische Kinder zu treiben, ohne mit den bereits auf diesem Gebiet tätigen und hiefür zuständigen privaten und öffentlichen Stellen in Verbindung zu treten. Es stehen ihm ja in keiner Weise die hiefür notwendigen Unterlagen zur Verfügung, d. h. es fehlen ihm die erforderlichen Organe zur Ausübung einer ordnungs- und planmäßigen Einzelfürsorge. Der Berliner Kinderhilfe scheint es lediglich darum zu tun zu sein, unter dem Mantel der Fürsorge für württembergische Kinder und der Mitgliederwerbung Gelder für ihre Zwecke zu sammeln, ohne hiezu die erforderliche polizeiliche Erlaubnis zu haben. Durch diese eigennützige Art der Arbeit eines auswärtigen wohltätigen Vereins werden die Interessen der bedürftigen württembergischen Kinder schwer geschädigt. Die Württ. Kinderhilfe e. V. (Sitz Eßlingen) bittet im Interesse Tausender erholungsbedürftiger und gefährdeter württembergischer Kinder, die aus Mangel an Mitteln einer Erholung bis jetzt nicht zugeführt werden konnten, die für diesen Zweck gedachten Gaben an die Württ. Kinderhilfe in Eßlingen (Postscheckkonto Nr. 8655 Stuttgart oder Girokonto Nr. 1433 bei der Oberamtssparkasse Eßlingen) zu senden, welche im Besitze der polizeilichen Erlaubnis zur Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung ist.

(Wetterbericht.) Die Wetterlage hat sich nicht wesentlich geändert. Die Wirkung des östlichen Hochdrucks wird durch Ausläufer einer westlichen Depression beeinträchtigt, so daß für Mittwoch und Donnerstag mehrfach bedecktes, jedoch nur zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

× **Birkenfeld**, 1. Febr. Die letzte und wohl auch gelungenste Abendunterhaltung in diesem Winter bot der Sängerbund. Dieselbe wurde im Löwensaal am letzten Samstag abgehalten. Weil die Räumlichkeiten für den großen Verein sich dort fast immer zu klein erweisen, hatten bloß Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt. Der Orchesterverein eröffnete die Feier mit einem flott gespielten Marsch, worauf der Vereinsvorstand Albert Förschler die Erschienenen begrüßte und ihnen für den Abend vergnügte Stunden wünschte. Unter der Leitung seines Dirigenten, Hauptlehrer Dilger, hat sich der 120 Mann starke Sängerbund sehr schön entwickelt, was schon der Eingangschor „Studenten Nachtgesang" von Fischer dartat. Aber auch die folgenden Chöre „Wie die wilde Ros' im Wald" und „Jägers Morgenlied" gefielen gut. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand wieder eine Operette: „Der Postillon vom Zillertal" von C. Sieber, um deren Einübung sich das Mitglied Karl Müller sehr verdient gemacht hat. Es war immerhin eine respektable Leistung, ein solch umfangreiches Stück einzustudieren und aufzuführen und dank der Hingabe und Ausdauer der Mitwirkenden ist es gelungen, die Operette ausgezeichnet zum Vortrag zu bringen. Sämtliche Mitspieler hatten sich gut in ihre Rollen eingelebt und so hat alles geklappt. Die musikalische Leitung lag in den Händen von Karl Staib. Eine nun folgende urkomische Posse mit Gesang „So ein geweiner Kerl" weckte stürmische Heiterkeit. Zum Schluß fand eine Gabenverteilung statt. Am Sonntag abend wurde für Nichtmitglieder im gleichen Lokal die Operette wiederholt gegeben.

Fastnacht und Volksnot. Die Evangelische Pressekorrespondenz" schreibt: Bekanntlich hat die württembergische Regierung heuer im Unterschied vom letzten Jahr alles öffentliche Fastnachtstreiben verboten. Im ganzen Land haben weite Kreise dieses Vorgehen freudig begrüßt. Wer die Wirkungen der letztjährigen Fastnachtsvergnügungen auf das breite Volksleben einigermaßen beobachtet hat, mußte sich sagen: das darf sich in der gegenwärtigen Lage unbedingt nicht wiederholen. Vielerorts war nach den Anzeigen und Berichten der Presse wochenlang schier kein Ende der Fastnachtsfeiern, und das Maß der Vorkriegszeit wurde im ganzen nicht nur erreicht, sondern wesentlich überschritten. Es war oft ein förmlicher Taumel, der ganze Massen, Jugend, Erwachsene, selbst Frauen ergriff und zu unglaublich leichtsinnigen Geldausgaben wie auch nicht selten zu erschreckender Zuchtlosigkeit hinriß. Ein harmloses Vergnügen war das nimmer. „Wenn nur nicht so viel Bier- und Weindunst da heraufzöge und wenn man nur nicht so viel Schreien und Johlen, Tänzeln und Scharwenzeln hören müßte, daß einem die Ohren gellen! Und wenn nur nicht der Wind das dumpfe Murren der Not heraustrüge, den seltsamen, furchtbaren Unterton zu den Hellsjauchzern übermütiger Karnevalszeit" — so schrieb letztes Jahr, nur um eine Pressestimme anzuführen, eine angesehene Stuttgarter Zeitung. Es liegt auf der Hand, daß heuer, wo das Geld knapper und die Zahl der Notleidenden größer ist als je, nicht auch noch die Gelegenheiten zu gedankenloser Vergeudung und herausforderndem Luxus, wie es die Fastnachtsfeiern doch großenteils sind, in Masse geschaffen werden durften. Aber mit dem Erlaß der Regierung ist es nicht getan. Solche Verbote sind immer nur Nothehelfe. Das Verantwortungsgefühl weitester Volkskreise, auch der oberen, muß sie unterstützen. Gewiß bedeutet das Verbot öffentlicher Fastnachtsvergnügungen für manche Berufszweige einen Ausfall an Verdienst, aber niemand wird behaupten, daß eine Fastnacht wie die letztjährige unserer Volkswirtschaft nützlich sei. In vorbildlicher Weise haben sich in badischen Städten wie Bretten, Bruchsal, Pforzheim, Freiburg die Vereine verabredet, dieses Jahr im Blick auf die allgemeine Notlage überhaupt keine Vereinsfastnachtsfeiern zu halten und überschüssige Vereinsmittel für Notleidende zu verwenden. In Württemberg ist neuestens Stuttgart-Wangen diesem Beispiel gefolgt. Das heißt den Ernst der Zeit verstehen und sozial handeln — und wer will das nicht? Dann aber weg in diesem Jahr mit dem Fastnachtsrummel, weg mit dem Tanz auf dem Vulkan!

Württemberg

Altensteig-Dorf, 31. Jan. (Tat eines Geisteskranken.) Ein Aufsehen erregender Vorfall spielte sich heute vormittag 8 Uhr hier ab. Ein 25jähriger lediger Mann von hier, der schon einmal in die Nervenklinik verbracht und wieder entlassen wurde, überfiel den Polizeidiener Luz in seiner Wohnung und verletzte ihn an Kopf und Arm mit einem Wagnermesser nicht unerheblich. Der Geisteskranke wurde noch am gleichen Tag nach Nagold verbracht.

Stuttgart, 31. Jan. (Bosch A.G.) Nach dem Vierteljahresbericht der Robert Bosch A.G. war der Geschäftsgang in den Monaten Oktober bis Dezember des vorigen Jahres nicht erfreulich, was schon daraus hervorgeht, daß die Werke, mit Ausnahme des Zünderwerks, seit längerer Zeit zur Kurzarbeit gezwungen sind. Nur das Magnetzündervert ist noch voll beschäftigt. Es vollbrachte sogar im Dezember, trotz der Feiertage, seine Höchstleistung seit 1912. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten betrug am 1. Oktober 1925: 13 786 und am 31. Dezember 1925: 12 699 (— 1086).

Stuttgart, 29. Jan. (Auch eine Seltenheit.) Daß in einer Familie drei Personen an einem Tag ihren Geburtstag feiern können, ist sicher eine Seltenheit. So feiert der Stuttgarter Handschuhmacher Richard Strobel am 29. Januar seinen Geburtstag, während an diesem Tag sein Sohn Otto Strobel seinen 34. und sein Sohn Fritz Strobel seinen 32. Geburtstag begeht.

Hedelfingen, 1. Febr. (Aufregender Vorfall.) Letzten Samstag ereignete sich im Bürgersaal des Rathauses hier, wo sich die Ernährungsmittelzweigstelle befindet, ein aufregender Vorfall. Ein Arbeitsloser, der aus gesetzlichen Gründen seine Unterstützung nicht erhalten konnte, wurde rabiat und drohte, alles kurz und klein zu schlagen. Herbeigerufenen polizeilichen Hilfe leistete der Mann erbitterten Widerstand, sodaß es zu einem wilden Ringkampf kam. Schließlich wurde der Polizeibeamte Sieger und der Mann abgeführt.

Cannstatt, 1. Febr. (Fahrlässige Tötung.) Das Schöffengericht hat den Geschäftsführer der Baugenossenschaft Kornwestheim, Joos, der im vorigen Jahr den Arbeiter August Mößner im Feuerbacher Tal mit dem Auto zu Tode gefahren hatte, wegen fahrlässiger Tötung zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Heilbronn, 30. Jan. („Der Stoffhausierer".) Wie sehr die in den Zeitungen des öftern schon ergangenen Warnungen vor Stoffhausierern Berechtigung haben, zeigt folgender, vor dem erweiterten Schöffengericht hier verhandelter Fall. Der 19 Jahre alte Stoffhausierer Friedrich Schmidt von Karlsruhe, B.A. Frankental, vorbestraft wegen Urkundenfälschung, Betrug und Vergehen im Amt, hat es im Hausiergewerbe soweit gebracht, daß er sich ein Auto leisten und seinen Kundenkreis bis in die Pfalz hinaus nach Baden und Württemberg ausdehnen konnte. Die Mittel, deren er sich dabei bediente, waren durchaus nicht einwandfrei. Im benachbarten Baden, sowie im württembergischen Unterland, im Jabergäu und im Hohenlohischen suchte er vornehmlich Lehrer und Pfarrer auf, denen er sich als Vertreter oder Teilhaber der Firma Heinrich Schwarz in Heilbronn vorstellte — in einem Falle gab er sich als Enkel des alten Herrn Schwarz in Heilbronn aus und suchte unter den wahren Angaben Aufträge zu erhalten, was ihm auch in den meisten Fällen gelang. Dabei hatte er es immer darauf abgesehen, Bargeld zu erhalten, wo es nicht anders ging, nahm er auch Scheck in Zahlung, die er bei den Oberamtssparkassen einlöste, unterschrieben mit „Schwarz". In den meisten Fällen schwindelte er den Leuten vor, sie könnten die Stoffe bei der Firma Heinrich Schwarz auch umtauschen und die Anzüge zu 30 M. samt Zutaten ebenda anfertigen lassen. In Flein ereilte ihn sein Schicksal am 27. August 1925, da Rektor Fähndrich, dem er auch für 100 M. Stoffe verkaufte, der Sache mißtraute und sich telephonisch mit der Firma Heinrich Schwarz in Heilbronn verständigte, die dann seine Festnahme veranlaßte. Der Angeklagte gab in der Verhandlung die ihm zur Last gelegten Taten zu. Einen bestimmten Preis für die Stoffe hatte er nicht gehabt. Die Hausierer müßten hohe Preise ansetzen, wenn es vorkomme, daß der geforderte Preis unterboten werde. Im Hausiergewerbe könne sich ein Kaufmann keinen Begriff machen. Der Sachverständige Stern-Stuttgart in Firma Gebr. Spiegeltal bezeichnete die als Beweismittel vorliegenden Stoffe als minderwertig. Die zahlreichen Zeugen bestätigten die in der Beweisaufnahme dargelegten Verfehlungen des Angeklagten und gaben zu, daß sie in dem guten Glauben, die Stoffe stammen von der ihnen als reell bekannten Firma Heinrich Schwarz, diese ohne Bedenken gekauft haben. Die vorgetäuschte billige Anfertigungsmöglichkeit habe mit zum Kauf bewogen. Als sie zu der Firma kamen, um die Anzüge zu dem „billigen Preis" fertigen zu lassen, seien sie gewahr geworden, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren. Das Urteil des Gerichts lautete für diese Betrugs- und Urkundenfälschungsfälle auf fünf Monate und eine Geldstrafe von 500 M., auch fallen ihm die nicht geringen Gerichtskosten zur Last.

Ehingen a. D., 1. Febr. (Stadtschultheiß und Landtagsmandat.) Vor kurzem hat ein Abgeordneter in einer Kleinen Anfrage an die Regierung dagegen Stellung genommen, daß hier dem infolge Rücktritts des alten Stadtvorstands neu zu wählenden Stadtschultheiß die Annahme eines Mandats für den Reichs- und Landtag in den öffentlichen Ausschreiben verboten wurde. Dieser Standpunkt einer Stadtgemeinde ist an sich durchaus verständlich, denn der Stadtschultheiß gehört nun einmal nach einem alten Wort aufs Rathaus und die Gemeindeinteressen werden dadurch nicht gerade gefördert, wenn der Stadtvorstand durch die Ausübung eines Mandats in einem Parlament oft längere Zeit ortsabwesend ist. In einem neuerlichen Ar-

Gelegenheit zu sparen haben Sie am besten, wenn Sie Ihren Bedarf in **Anzügen, Winter-Mänteln, Schwoden- und Gummi-Mänteln, Lodenjoppen, Windjacken und Arbeitshosen** bei mir decken.

Franz Gratz, Herren- u. Knabenkonfektion, Pforzheim, Leopoldstraße 1 Treppe.

Vergib.

Original-Roman von H. Courths-Mahler

6. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Lori war mit seltsam blassem Gesicht an das Fenster getreten und machte sich an der Gardine zu schaffen. Nun wandte sie sich mit erzwungenem Lächeln um.

„Mich wird kein Freier fortholen, Väterchen."

Der alte Herr lachte arglos.

„Abwarten, Lorchen!"

Sie schüttelte den Kopf: „So Gott will, wird es auch ohne Freier immer eine Aufgabe für mich geben."

Herr von Hohenstein sah kopfschüttelnd in ihr Gesicht.

„Hör' mal, Mädel, du bist mir heute so unheimlich ernst gestimmt. Was ist dir bloß über den Weg gelaufen? Mal raus mit der Sprache!"

„Nichts — wirklich nichts. Aber man hat doch auch mal eine nachdenkliche Stunde."

Er sah sie prüfend an. Sie blickte mit großen, ernsten Augen ins Weite, ihm ihr reines Profil zukehrend. Es sprang ihm förmlich in die Augen, wie herrlich sich dies junge Geschöpf in den letzten Jahren entwickelt hatte. So im täglichen Zusammensein hatte er gar nicht recht darauf geachtet. Aber heute fiel es ihm auf, wie reizvoll sie aussah in ihrer köstlichen Jugendfrische.

Sie trug ein schlichtes, dunkelblaues Kleid, das sich faltenlos ihrem Körper anschmiegte und die edlen Linien der schlanken, jugendschönen Gestalt zur vollen Geltung brachte. Gerade in seiner Einfachheit wirkte das hübsche Kleid wie ein vorteilhafter Rahmen für das liebreizende Mädchen. Und wie vornehm Lori aussah! Der alte Herr hatte seine Freude daran. Auch an den schmalen, feinen Füßen, die unter dem fußfreien Rock hervorsahen, und an den schöngeformten Händen, die tadellos gepflegt waren und doch verrieten, daß ihre Besitzerin fest zufassen konnte. Das ganze Persönchen bot einen herzerfreuenden Anblick.

Blinzelnd guckte er sie von oben bis unten an.

Alle Wetter, das Mädchen wird alle Tage hübscher. Ungekraft darf ihr wohl kein Mann zu tun in die schönen, klaren Lichter schauen, wenn er noch jung und herzwarm ist. Aber die Freier werden kaum zu Haufen kommen, weil die Lori ein armes Ding ist. Eine anständige Aussteuer geb' ich ihr natürlich, es macht den Hansjörg nicht arm, wenn ich für die Lori ein übriges tue. Aber heiraten — hm! Ich wüßte keinen, der sich ein armes Mädchen leisten könnte. Na, ich behalte das liebe Ding gerne noch für mich. Wenn ich auch mal nicht mehr bin — hier, im Hause, hat die Lori immer eine Heimat, dafür sorge ich schon. Und Hansjörg? Der läßt sie nicht fort, da bin ich sicher. Aber freilich — wenn er heiratet na, Hansjörgs Zukünftige kann froh sein, wenn die Lori bleiben will. Da wird sie immer eine tüchtige Hilfe im Haushalt haben. Und dem Hansjörg ist sie doch wie eine richtige Schwester lieb und teuer; sie hängt auch an ihm. Die beiden stehen schon füreinander ein. Also machen wir uns keine unnötigen Sorgen um das Kind.

So dachte Herr von Hohenstein, während er Lori wohlgefällig betrachtete.

Seltsamerweise gingen Loris Gedanken ähnliche Bahnen. Aber sie waren anders beleuchtet, als die des alten Herrn.

Wenn Hans-Georg eine junge Frau nach Hohenstein bringt, dann — dann wird für mich aller Sonnenschein verlöschen — dann möchte ich lieber fort — weit fort — damit ich's nicht sehen müßte.

So dachte Lori, und ein heißer, leidenschaftlicher Schmerz preßte ihr die Brust zusammen. Ihre weißen Zähne gruben sich in die roten Lippen, und um den Mund zuckte es wie in verhaltenem Schmerz. Sie rang das aber nieder und reckte sich, als würfe sie eine Last von sich. Dann zwang sie sich zu fröhlichem Plaudern über Hans-Georgs Ankunft.

„Mutter Klimschen! Mutter Klimschen!" rief Lori mit ihrer klaren Stimme in die große Küche hinein, in der alles vor Sauberkeit blitzte.

Ein Küchenmädel scheuerte den Steinfußboden und hob den Kopf.

„Sie is in der Vorratskammer, gnädiges Fräulein," sagte sie.

Lori huschte durch die Küche nach der großen Vorratskammer. Ehe sie die Tür erreichte, wurde dieselbe geöffnet, und eine weiße Haube kam zum Vorschein, unter welcher Mutter Klimschens Gesicht hervorlachte.

„Du bist's, Lorchen? War mir doch, als würde ich gerufen. Was gibt's denn?"

Lori faßte sie bei den Schultern und schob sie wieder in den mit allerlei Vorräten gefüllten Raum.

„Hans-Georg kommt, Mutter Klimschen! Der Wagen fährt schon zum Bahnhof! Also sorge für eine gute Mahlzeit heute abend und reiche zum Tee etwas Herzhaftes. Du weißt, Hans-Georg schlägt eine gute Klinge und läßt sich gern von dir verwöhnen," sagte sie eifrig.

Die alte Frau lachte.

„Na, von dir nicht minder, Lorchen. Also der Junghorr kommt! Na, da wollen wir gleich nachsehen, was wir für ihn haben."

„Das tue nur allein, ich muß wieder zum Vätterchen. Ich wollte dir nur schnell melden, daß Hans-Georg kommt. Du freust dich auch, gelt?"

Mutter Klimschen strahlte.

„Ja doch, Lorchen, mächtig freue ich mich. Wie geht's dem gnädigen Herrn?"

„Besser, viel besser. Er hat auch deinen Tee getrunken."

Die Alte nickte.

„Na, ja — sorg' nur dafür, daß er vor dem Schlafengehen noch eine Tasse trinkt, dann ist er morgen die Schmerzen los."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

schreiben im Staatsanzeiger ist nun jene Bestimmung nicht mehr enthalten. In den Wahlversammlungen werden ja die Bürger Gelegenheit haben, die Kandidaten darüber zu interpellieren, wie sie sich zu dieser Frage stellen.

Ulm, 1. Febr. (Selbstmord.) Heute früh erschoß sich vor dem Eingang zur Polizei am Rathaus ein 32jähriger verheirateter Kaufmann aus Wien, der in Stuttgart wohnte. Er war leidenschaftlicher Spieler und hatte die Nacht über in einem bekannten hiesigen Lokal gespielt. In einem hinterlassenen Brief verfluchte er selbst seine Leidenschaft.

Vom Ries, 31. Jan. (Folgen des Geld- und Kreditmangels auf dem Lande.) Die Tatsache, daß auf dem Lande großer Geld- und Kreditmangel besteht, trat dieser Tage bei einer Grundstücksversteigerung in einem Ort bei Nördlingen deutlich in Erscheinung. Obwohl Kauflustige die Wirtschaftsräume überfüllt hatten, konnte von den Anwesenden auch nicht ein halbes Tagwerk gekauft werden, weil baldige Zahlung verlangt worden war. Bargeld in der geforderten Höhe besaß niemand, auch konnte sich keiner entschließen, die Bankzinsen für ein etwa aufzunehmendes Bankkapital zu entrichten. Deshalb verlief die Versteigerung gänzlich ergebnislos. Holzversteigerungen dagegen boten im bayerischen Nordschwaben ein ganz anderes Bild. Beim ersten Aufruf der Taxe wurden 56 bis 60 Mark für den Klafter (drei Raummeter) geboten. Ob diese Summen am Platze sind?

Leinzell, OA. Gmünd, 1. Februar. (Erstochen.) Am Samstag wurde der 25 Jahre alte verheiratete Hilfsarbeiter Anton Herbst von dem 60 Jahre alten Rentner Gustav Eisenhardt angeblich in Notwehr erstochen. Der Tod trat schon nach wenigen Minuten ein. Der Täter hat sich der Behörde freiwillig gestellt und wurde an das Amtsgericht Gmünd eingeliefert. Der Getötete hinterläßt eine Witwe und weinende Mutter mit fünf Kindern im Alter von 1—5 Jahren. Zu der Tat wird noch mitgeteilt: Herbst stellte den Eisenhardt, der von Iggingen kam, auf dem sog. Berg zur Rede, weil er von ihm wegen Jagdstörung zur Anzeige gebracht worden war. Herbst hat hierbei den Eisenhardt zu Boden geworfen, ist auf ihn gekniet und hat mit Fäusten auf Eisenhardt eingeschlagen. Eisenhardt hat sich gegen seinen Angreifer gewehrt und ihm mehrere Stiche mit einem Messer in die Brust beigebracht.

Baden.

Pforzheim, 1. Febr. Am Sonntag morgen gegen 10 Uhr sprang von der Roßbrücke eine junge Frau in die Enz. Es handelt sich um eine 22 Jahre alte Witwe, die in der früheren Heil- und Pflegeanstalt wohnt, und deren Mann, der Schutzmann war, sich vor zwei Jahren vergiftet hat. Die Bedauernswerte wurde noch in letzter Minute gerettet und sofort ins hiesige Krankenhaus gebracht.

Stein, Amt Pforzheim, 1. Febr. Samstag nacht ½12 Uhr brach ein gefährlicher Brand aus. Das Feuer entstand aus unbekannter Ursache, vermutlich durch Brandstiftung, in der Scheune des Kaufmanns und Vorschußkasse-Kontrolleurs Ernst Seiter. Die Scheune brannte rasch ab, auch das angebaute zweistöckige Wohnhaus wurde, trotzdem die Feuerwehr rasch zur Hand war, so schnell ein Raub der Flammen, daß die Bewohner kaum das nackte Leben retten konnten. Das Vieh brachte man auch nur mit Mühe noch in Sicherheit. Weiter wurden die Nachbargebäude von Maurer Chr. Müller, Goldarbeiter Joh. Fränkle und Hilfsarbeiter Karl Chr. Seiter durch Feuer und Wasser schwer beschädigt. Der Brandschaden am Hause des Ernst Seiter dürfte 12 000 Mark betragen. Der Fahrnisschaden wird auf 10 000 Mark geschätzt.

Freiburg, 30. Jan. Die Fabrikarbeiterin Elisabeth Schmuck, geb. Vorkardt, aus Freiburg, hatte sich zu verantworten, weil sie ihren Ehemann, nachdem sie ihm die Augen verbunden und seine Hände mit einer Wäscheleine, angeblich zum Scherz, gefesselt hatte, durch Beilhiebe zu töten versucht hatte. Sie hat mehrmals auf ihn eingeschlagen und ihm Verletzungen am Hinterkopf beigebracht, doch gelang es ihm, aus der Wohnung zu entkommen und um Hilfe zu rufen. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Mordversuchs zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Freiburg, 1. Febr. Die Mutter des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Josef Wirth, Witwe des Maschinenmeisters Karl Wirth, ist am Samstag abend nach kurzer, heftiger Krankheit, umgeben von ihren drei Söhnen, im Alter von nahezu 76 Jahren gestorben. Sie verheiratete sich 1878 mit dem in der Herderschen Offizin in Freiburg beschäftigten Maschinenmeister Karl Wirth, der als Stadtverordneter und Schriftsteller in der badischen Zentrumspartei eine angesehene Stelle einnahm. Der Ehe entsprossen drei Söhne, von denen der Sohn Josef nach kurzer parlamentarischer Laufbahn im Jahre 1918 badischer Finanzminister und dann Reichsfinanzminister, Minister des Auswärtigen und Reichskanzler wurde. Der älteste Sohn ist Gymnasialprofessor in Freiburg und der dritte Stationsvorstand des Bahnhofs Appenweier.

Aus Baden, 1. Febr. Mit der Absicht, einen Gehaltsabbau vorzunehmen, hat die Landeszentrale des badischen Einzelhandels das Gehaltsabkommen gekündigt.

Mannheim, 1. Febr. Es klingt paradox, wenn man in der heutigen Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes von einem Geldüberfluß redet. Und doch scheint es das noch zu geben, wenn auch der Einzelne verflixt wenig davon merkt. Wo dieser Geldüberfluß vorhanden ist, ersieht man aus einem Schreiben der städtischen Sparkasse, die einer gemeinnützigen Baugesellschaft, die der Sparkasse 30 000 RM. als Einlage anbot, wörtlich folgendes mitteilte: „Wir haben einen Riesenzufluß an Spareinlagen aus hiesigem Platze, so daß wir zur Befriedigung des hereintretenden berechtigten Darlehensbedürfnisses ausreichend in der Lage sind und deshalb auf Zuweisung von Geldern aus Ihren Beständen dankend verzichten können." Aehnlich günstig, wenn auch nicht in solchem „Riesenmaß", sollen die Geldverhältnisse bei anderen Sparkassen sein. Eine merkwürdige Geschichte. Alles jammert über Mangel an Moneten und die Sparkassen schwimmen im Geld. Erkläret mir, Graf Orindur, diesen Zwiespalt der Natur!

Vermischtes.

Boykott gegen Italien. Die Vereinigten Gärtner Krempas und Umgebung haben beschlossen, weder italienische Blumen noch Gemüse zu verkaufen, solange der Terror seitens der Italiener gegen Südtirol andauert.

Freigesprochener Mörder. In einer Novembernacht des Jahres 1921 wurde in Sommariva Bosko bei Turin (Oberitalien) ein Ehepaar von einer Bande überfallen, der Mann ermordet und die Frau schwer verletzt. Nach langer Zeit wurde der Bande ermittelt. Der Bandenführer gab den Mord zu. Die Geschworenen in Turin sprachen aber zum Erstaunen der Richter die ganze Bande frei. Der Gerichtspräsident hielt darauf eine Rede an die Freigesprochenen: „In dem Mahnruf der Geschworenen fehlt nur eins: ein Loblied auf euch. Geht heim und bringt nach Herzenslust eure Mitmenschen um!" Dann entließ er auch die Geschworenen, da er es nicht für angetan hielt, mit ihnen zusammen andere Prozesse zu erledigen.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 1. Febr. (Landesproduktenbörse.) Infolge höherer Notierungen der amerikanischen Börsen hat sich die Stimmung auf dem Getreidemarkt eher etwas fester gestaltet. Zu einer Belebung des Geschäftes konnte es aber immer noch nicht kommen und die Umsätze erstreckten sich auf Deckung des laufenden Bedarfs. Es notierten je 100 Kg.: Weizen (württ.) 22.50—25.50 (am 28. Januar: 22.50—25.25), Sommergerste 18.50—21.50 (19—21.50), Roggen 17.50 bis 18 (unv), Hafer 16.50—18.50 (unv.), Weizenmehl 42.50—43.50 (42—43), Brotmehl 34.50—35.50 (34—35), Kleie 9.70—10 (9.75—10.25), Wiesenheu 6.25—7.25 (unv.), Kleeheu 7.25—8.25 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 4—4.50 (unv.), Mark.

Schweinepreise. Besigheim: Milchschweine 25—30, Läufer 50 bis 75 Mark. — Crailsheim: Milchschweine 32—42, Läufer 65—80 Mark. — Eppingen: Milchschweine 22—33, Läufer 40—67 Mark. — Hall: Milchschweine 35—42, Läufer 60—80 Mark. — Heilbronn: Milchschweine 25—30, Läufer 40—55 Mark. — Künzelsau: Milchschweine 30—41 Mark. — Not a. See: Milchschweine 30—40 Mark. Münderkingen: Mutterschweine 200—230, Läufer 70—80, Milchschweine 38—40 Mark. — Oehringen: Milchschweine 32—40, Läufer 62 Mark. — Rottweil: Milchschweine 25—35, Läufer 55—70 Mark. — Winnenden: Milchschweine 32—40, Läufer 70—90 Mark das Stück.

Fruchtpreise. Crailsheim: Weizen 11—12, Gerste 8.90—9, Roggen 8.20, Hafer 8.50 Mark. — Tübingen: Weizen 12—13, Dinkel 8.80—9, Gerste 9.50—10, Hafer 8—9 Mark. — Winnenden: Weizen 11.30—11.80, Haber 8.30—8.70, Gerste 9—10, Dinkel 8.50—8.60, Roggen 9.50 bis 10 Mark der Ztr.

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, 1. Febr. Der badische Arbeitsmarkt weist unter dem Druck der Absatz- und Kreditschwierigkeiten in der Berichtszeit (21. bis 27. Januar) noch die gleiche ungünstige Tendenz wie seither auf. Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen Badens gemeldeten Arbeitsuchenden ist wiederum — und zwar von 88 991 auf 95 793 — also etwa im selben Grade wie in der vorangegangenen Berichtszeit, gestiegen. Gleichzeitig ist das Angebot der offenen Stellen noch um etwas — von 1439 auf 1419 — gesunken.

Ludwigshafen, 1. Febr. In Dietschweiler entstand in der Nacht zum Sonntag in dem Anwesen eines Landwirts aus bisher unbekannter Ursache ein Brand, der das Anwesen bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Aus den Trümmern wurden die Leichen der beiden Kinder im Alter von neun Monaten bezw. zwei Jahren geborgen.

Nürnberg, 1. Febr. Der kaufmännische Angestellte Rudolf Marx erschoß heute früh 9 Uhr nach kurzem Wortwechsel seinen Schwager, den Fabrikdirektor Gustav Bitz, weil dieser ihn am 1. Januar entlassen hatte. Dann richtete er die Waffe auf sich und verletzte sich so schwer, daß er nachmittags im Krankenhaus verstarb.

Siegburg, 1. Febr. Auch hier wurde in der vergangenen Nacht die Befreiung von der französischen Besatzung feierlich begangen. Am Kriegerdenkmal auf dem Marktplatz, wo sich bis weit in die Nebenstraßen hinein eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge eingefunden hatte, hielt der Bürgermeister die Befreiungsrede. Im Anschluß daran wurde das Deutschland-Lied angestimmt.

Essen, 2. Februar. Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie hat das durch den Schiedsspruch vom 28. Oktober 1925 festgesetzte Lohnabkommen zum 28. Februar 1926 gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne gefordert. Mit den Gewerkschaften finden Verhandlungen statt.

Bochum, 1. Febr. Das Schwurgericht verhandelte seit mehreren Tagen gegen den Kommunistenführer Morgies, der beschuldigt wurde, die Polizeibeamten Cyron, Seitz und Eichholz getötet zu haben. Das Gericht verneinte die Frage nach Mord und verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags und versuchten Totschlags in zwei Fällen zu einer Zuchthausstrafe von elf Jahren, zu sechs Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Kochem, 2. Febr. Gestern abend drangen mehrere maskierte Männer in die Schloßgärtnerei ein, schlugen den Gärtner Hansen mit einem schweren Hammer nieder und warfen sich dann auf die Frau, mißhandelten sie und verletzten sie schwer an beiden Augen. Auch ein Lehrling wurde durch Messerstiche erheblich verletzt. Hansen ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Seine Frau liegt hoffnungslos darnieder. Der Grund zu dem Ueberfall konnte noch nicht ermittelt werden, ebenso sind die Täter unbekannt.

Berlin, 1. Febr. Oberbürgermeister Böß hat für die Reichshauptstadt und für den Deutschen und Preußischen Städtetag nachstehendes Telegramm an den Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, gerichtet: An der Stunde der Befreiung der Stadt Köln nehmen alle deutschen Städte herzlichen Anteil. Glückauf zu neuem Schaffen, von den Fesseln befreit!

Berlin, 1. Februar. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I wurde der Kraftwagenführer Leo Rautenberg, der vom Schöffengericht des Zusammenstoßes eines Autobusses der Linie 19 mit einem Feuerwehrzug am 13. Mai vorigen Jahres in der Königstraße für schuldig befunden und wegen fahrlässiger Körperverletzung, da zwanzig Insassen des Autobusses mehr oder weniger schwer verletzt wurden, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, freigesprochen. In der Begründung des Urteils wurde gesagt, daß es unmöglich sei, das Läutesignal der Feuerwehr durch das Rattern des Motors und den lebhaften Verkehr in der Königstraße zu hören.

Berlin, 2. Febr. Reichskanzler Dr. Luther übermittelte dem Reichskanzler a. D. Dr. Wirth anläßlich des Ablebens seiner Mutter sein herzlichstes Beileid. — Den Blättern zufolge hat der Stadtverordnetenausschuß die zur Deckung der Wegeunterhaltungskosten geplante neue Automobilsteuer angenommen. — Reichsbankoberinspektor Hergesell, der aus einer von ihm verwalteten Beamtenkasse etwa 40 000 Mark unterschlagen hat, hat sich heute der Polizei gestellt. — Dem Eisenacher Beispiel folgend, beschlossen nunmehr auch die Erfurter Blumenhandlungen, keine italienischen Blumen mehr zu beziehen, bzw. zu verkaufen.

Breslau, 1. Febr. In dem Dorfe Oberlaczik in Oberschlesien sind 40 Personen an schwerer Fleischvergiftung erkrankt. Davon ist eine Person bereits gestorben, mehrere andere befinden sich in Lebensgefahr.

Bern, 1. Febr. Der Bundesrat hielt am Sonntag eine außerordentliche Sitzung ab, um den Vorschlag der Sowjetregierung zu prüfen, der am Samstag durch Vermittlung Frankreichs unterbreitet worden war. Der Bundesrat fand den Vorschlag Rußlands nicht annehmbar. Ein Gegenvorschlag an Rußland ist nicht gemacht worden. Die Verhandlungen sind nicht abgebrochen.

Moskau, 1. Febr. Die Sowjetregierung hatte nach der Gefangennahme einer Kinderräuberbande etwa dreihundert minderjährige Kinder in ungeheizten Güterwagen nach Woronesch geschickt. Als der Zug in Woronesch ankam, waren sämtliche Kinder erfroren.

Moskau, 2. Februar. Gestern ist der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau nach mehrmonatigem Aufenthalt in Deutschland wieder hierher zurückgekehrt. Zu seinem Empfang waren außer dem gesamten Personal der Botschaft der Chef des Protokolls Florinsky, der den Botschafter im Namen des Außenkommissars Tschitscherin begrüßte, und der Direktor der Westabteilung des Volkskommissariats des Auswärtigen, Stein, sowie der Referent für Deutschland im Volkskommissariat des Auswärtigen, Lorenz, erschienen.

South-Bend (Indiana), 1. Februar. Im Geschäftszentrum der Stadt brach ein Feuer aus und zerstörte neun große Warenhäuser. Der Schaden beträgt mehr als zwei Millionen Dollar. Während die erste Feuersbrunst noch wütete, vernichtete eine zweite in einem anderen Viertel der Stadt die Geschäftsräume der Standard Oil Cy., wobei ein Schaden von 300 000 Dollar entstand.

Der Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart gegen den Demonstrationsstreik.

Stuttgart, 1. Febr. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Auf die in der Presse erschienene Nachricht von einem bevorstehenden Demonstrationsstreik der Eisenbahnarbeiter hat der Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart folgenden Aufruf an das Eisenbahnpersonal seines Bezirks gerichtet: Nach einer Zeitungsnachricht soll von gewisser Seite in der laufenden Woche ein Demonstrationsstreik von kurzer Dauer geplant sein. Es soll hienach die Losung ausgegeben werden, an einem noch nicht bekannten Tag dieser Woche auf einige Stunden alle Züge festzulegen und auch die Arbeit in allen Werkstätten, Güterböden usw. ruhen zu lassen. Ein solcher Demonstrationsstreik wird lediglich zur Folge haben, daß die Allgemeinheit geschädigt und der Betrieb gefährdet wird. In einer Zeit, da viele Tausende unserer Volksgenossen mit schwerer Not zu kämpfen haben, hat niemand Sinn für eine solche Demonstration, die nur auf Kosten der Allgemeinheit geht. Wenn ich auch das Vertrauen zu dem gesunden Sinn der württembergischen Eisenbahner habe, daß sie schon von sich aus die Beteiligung an einem solchen zwecklosen Unternehmen ablehnen werden, möchte ich doch darauf hinweisen, daß das gesamte Personal die Pflicht hat, sich von diesem Unternehmen fern zu halten und mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß der Betrieb unter allen Umständen aufrecht erhalten wird. Jeder, der zu einem solchen Streik auffordert, sich an ihm beteiligt oder ihn sonstwie fördert, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig und hat entsprechende Ahndung zu gewärtigen. Die Aemter und Dienststellen haben für die sofortige Verbreitung dieses Aufrufs zu sorgen und alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit der Betrieb auch im Fall eines solchen Demonstrationsstreiks voll aufrechterhalten bleibt.

Glückwünsche an die geräumten Gebiete.

Aus Anlaß der Räumung der Kölner Zone hat, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, die württembergische Regierung an den Herrn Oberpräsidenten Fuchs in Koblenz folgendes Fernschreiben gerichtet: „Den endlich befreiten Brüdern am Rhein, die, aller Gewalt zum Trotz, treu zum deutschen Vaterland gehalten haben, im Namen des ganzen schwäbischen Volkes die herzlichsten Wünsche." Württembergische Staatsregierung. Für den Staatspräsidenten: Bolz.

Aus Anlaß der in der Nacht vom 31. Januar auf 1. Febr. erfolgten Räumung der Stadt Köln durch die militärische Besatzung hat Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager gestern ein Glückwunschtelegramm an den Stadtvorstand von Köln, Oberbürgermeister Dr. Adenauer, abgehen lassen.

Eine bedeutsame Kundgebung für den liberalen Gedanken.

Berlin, 1. Febr. Als Kundgebung für den liberalen Gedanken in Deutschland veranstaltete die Liberale Vereinigung am heutigen Montag in den Räumen der Deutschen Gesellschaft einen Festabend. Unter den fast 500 Gästen bemerkte man Reichskanzler Dr. Luther, die Reichsminister Dr. Stresemann, Dr. Geßler, Dr. Külz, Reinhold, Curtius und Dr. Krohne, die preußischen Minister Dr. Höpker-Aschoff, Dr. Becker und Dr. Schreiber. Zahlreiche Vertreter von Wissenschaft, Industrie, Handel und Kunst waren erschienen. Der Vorsitzende der Liberalen Vereinigung Geh. Rat Prof. Kahle begrüßte die Gäste. Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Reichsminister a. D. Koch hielten Ansprachen. Aus dem Reichstag, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung waren die Führer und eine Anzahl Mitglieder anwesend. An ein gemeinsames Essen und die politischen Reden schloß sich ein künstlerischer Teil. — Wenn unser deutsches Parteileben nicht so schwerfällig und erstarrt wäre, müßte man annehmen, daß diese Kundgebung das Vorspiel zu einer Vereinigung von Demokraten, Volksparteilern und Wirtschaftlicher Vereinigung zu einer einzigen liberalen Partei wäre. Wenn das neue Wahlgesetz kommt, das uns von der Listenwahl befreien soll und den kleinen Parteien das Leben schwer macht, dann wird vielleicht äußerer Druck nachhelfen, das Notwendige zu tun, das in dieser Kundgebung den Ausdruck von beinahe etwas Selbstverständlichem bekommt.

Keine neuen Millionenkredite an die Wirtschaft.

Berlin, 1. Febr. Zu der in der Presse verbreiteten Mitteilung über angebliche Millionenkredite an die Wirtschaft aus öffentlichen Mitteln, ist festzustellen, daß sich das gegenwärtige Reichskabinett selbstverständlich ebenso wie das vorhergehende mit der Frage beschäftigt, wie der Wirtschaft in der augenblicklich schwierigen Lage Erleichterung gebracht werden kann. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß auch nur annähernd die gewaltigen phantastischen Summen zur Verfügung gestellt werden können. Es ist insbesondere auch zu bedenken, daß die zurzeit verfügbaren öffentlichen Mittel bereits in der Wirtschaft arbeiten und es sich bestenfalls darum handeln kann, diese Mittel in anderer Weise als bisher der Wirtschaft zuzuleiten. Ueberdies geht das Reichskabinett, wie in der Regierungserklärung deutlich ausgesprochen wurde, vor allen Dingen darauf aus, Steuererleichterungen herbeizuführen, wodurch sich die für Kreditzwecke zur Verfügung stehenden Mittel selbstverständlich vermindern.

Der Zwischenfall mit Rußland beigelegt.

Berlin, 1. Febr. In der Angelegenheit der Verletzung der für die deutsche Botschaft in Moskau bestimmten Amtspost des Generalkonsulats in Tiflis hat die von der Sowjet-Regierung angestellte Untersuchung ergeben, daß ein Agent der transkaukasischen Außerordentlichen Kommission aus eigener Initiative und ohne Wissen seiner Vorgesetzten auf dem Bahnhof in Tiflis den von dem deutschen Reisenden aufgegebenen Koffer zurückbehalten und das darin befindliche amtliche Paket geöffnet und beschlagnahmt hat. Die Sowjetregierung hat auf Grund des Untersuchungsergebnisses durch einen Vertreter des Außenkommissariats dem deutschen Geschäftsträger ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und in einer Note von der Enthebung des schuldigen Agenten von seinem Posten Kenntnis gegeben, sowie seine Bestrafung in Aussicht gestellt. Der an dem Vorfall mitschuldige Eisenbahnangestellte ist in Haft genommen und wird zur Verantwortung gezogen. Die deutsche Regierung sieht damit, sobald die in Aussicht gestellte Rückgabe der Amtspost erfolgt ist, diesen Vorfall als erledigt an. Wegen Regelung des früheren mit der Verhaftung der Konsularagenten in Zusammenhang stehenden Vorfalls sind die Verhandlungen mit der Sowjetregierung noch nicht abgeschlossen.

Fememord-Prozeß Panier.

Berlin, 1. Febr. In dem Fememord-Prozeß gegen Schirrmann und Genossen wegen Ermordung des Schützen Panier beschloß heute das Schwurgericht des Landgerichts III Berlin, für die Verhandlungen die Oeffentlichkeit auszuschließen, da sich aus einer öffentlichen Verhandlung eine Gefährdung der Staatssicherheit ergeben könnte. Der Ausschluß erstreckt sich auch auf die Presse. In der Verhandlung des Fememord-Prozesses wurde, wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt,

Die Württembergische Landessparkasse macht in einer Anzeige darauf aufmerksam, daß am 28. Februar die Frist endigt, innerhalb welcher die Besitzer von Reichs- und Staatsanleihen (Altbesitz) diese zum Umtausch anzumelden u. das Auslosungsrecht geltend zu machen haben, widrigenfalls die Vorrechte des Altbesitzes erlöschen. Ein großer Teil der Besitzer solcher Anleihen hat die Anmeldung bis jetzt unterlassen. Gegen den Schluß der Anmeldefrist werden vielleicht die Arbeiten von den Vermittlungsstellen kaum mehr zu bewältigen und Anstände nicht mehr zu beseitigen sein.

Anstatt das teure Fleisch der Suppe wegen auszukochen, brät man es lieber und stellt die zur Suppe benötigte Fleischbrühe rasch und mühelos aus Maggi's Fleischbrühwürfeln her.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Straftat eingehend erörtert. Die Angeklagten Frhr. von Senden und Hauptmann a. D. Gutknecht, die beschuldigt waren, daß sie die Angeklagten Schirrmann, Stein und Aschenkampff zu der von ihnen begangenen strafbaren Handlung des gemeinschaftlichen Mordes durch Mißbrauch ihres Ansehens als Vorgesetzte vorsätzlich bestimmt hätten, wurden auf Antrag ihrer Verteidiger sofort aus der Haft entlassen.

Die nationale Gewerkschaft der Eisenbahner zum Demonstrationsstreik.

Berlin, 1. Febr. Die Leitung der nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nimmt gegen einen Demonstrationsstreik der Eisenbahner in einer Erklärung Stellung, in der u. a. ausgeführt wird, die alten Gewerkschaften hätten die Unterzeichnung des Dawesplanes gefordert. Das heutige Massenelend sei die Auswirkung des Dawesabkommens, wofür die alten Gewerkschaften die Verantwortung zu übernehmen hätten. Die nationale Gewerkschaft deutscher Eisenbahner sei der Meinung, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn erst wieder dann eine wahre deutsche Politik treiben könne, wenn die deutschen Eisenbahnen wieder in deutschen Händen liegen.

Der Eisenbahnerkonflikt.

Berlin, 1. Febr. Wie die Berliner Presse meldet, hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft an ihr gesamtes Personal die ernstliche Mahnung gerichtet, den Demonstrationsstreikbeschluß der Arbeitergewerkschaften in ihrem eigenen Interesse nicht auszuführen. Sie hat zum Ausdruck gebracht, daß der Betrieb unter allen Umständen aufrechterhalten und daß jeder Sabotage in der Durchführung des Verkehrs und Betriebs mit allem Nachdruck entgegengetreten wird. Die Streikdrohung der Eisenbahnerverbände ist nach einer Mitteilung des Allgemeinen deutschen Eisenbahnerverbandes noch nicht zum Beschluß erhoben worden. Die Auffassung der Verbände gehe dahin, daß das Reichsbahngericht in Leipzig im vorliegenden Falle nicht zuständig sei und daß der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft seine ablehnende Haltung gegenüber der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches nicht werde aufrechterhalten können.

Bosdari abberufen?

Berlin, 1. Febr. In diplomatischen Kreisen Berlins verlautet, daß der italienische Botschafter Graf Bosdari, der sich gegenwärtig zu einer Vortragsreise in Italien aufhält, auf seinen Berliner Posten nicht mehr zurückkehren wird. Man wird diese Mitteilung in Zusammenhang bringen können mit der unzweideutigen Verschärfung der deutsch-italienischen Beziehungen, die durch das Vorgehen Mussolinis in Südtirol entstanden ist. Bosdari selbst hat stets nach besten Kräften an einer Besserung der deutsch-italienischen Beziehungen gearbeitet und erfreute sich in amtlichen wie in nichtamtlichen Kreisen großen Ansehens. Vielleicht hat Mussolini jetzt den Wunsch, den Vertreter einer etwas schärferen Tonart nach Berlin zu schicken, der dann allerdings hier begreiflicherweise eine recht kühle Aufnahme finden dürfte.

Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Genf, 1. Febr. Die Ratsvertreter Frankreichs, Italiens, Japans, der Tschechoslowakei und Uruguays haben beim Sekretär des Völkerbunds den Antrag gestellt, den Zusammentritt der vorbereitenden Kommission der Abrüstungskonferenz zu vertagen. Am Quai d'Orsay wird mitgeteilt, daß England, das den Antrag auf Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz nicht unterzeichnet hat, dagegen keinerlei Einwände erhebt. Das ist insofern von Bedeutung, als der Vertagungsbeschluß des Völkerbundsrates einstimmig gefaßt werden muß. Als neues Datum für die Einberufung der Konferenz wird der 15. April vorgeschlagen. Der spanische Vertreter im Völkerbundsrat teilte dem Generalsekretariat des Völkerbundes mit, daß auch Spanien mit der Vertagung einverstanden sei.

Die Lage der französischen Besatzungsarmee.

Paris, 1. Febr. Das „Echo de Paris" beginnt heute mit einer Artikelserie, in der das Leben und die mißliche Wirtschaftslage der französischen Offiziere im besetzten Rheinland geschildert wird. In diesem Artikel wird ausgeführt, daß die französischen Offiziere unter sehr ungünstigen Umständen im Rheinland ihren Dienst versehen müßten. Die Verwaltung sei sehr schlecht. Man habe in der letzten Zeit so große Ersparnismaßnahmen durchgeführt, daß die Ernährung als jämmerlich zu bezeichnen sei. Das Blatt schreibt: „Die materielle Lage unserer Okkupationstruppen vernichtet das Prestige des französischen Okkupationskorps des Rheinlands. Der Generalstab der Rheinarmee ist gezwungen gewesen, gewissermaßen Almosen an die Offiziere und Unteroffiziere zu verteilen, da es nötig war, diesen Leuten unbedingt zu Hilfe zu kommen. Es ist unzulässig, daß die Offiziere einer siegreichen Armee zu solchen Entbehrungen gezwungen sind, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Die Folgeerscheinung dieser Zustände ist leicht begreiflich. Man zeigt sich in französischen Offizierskreisen sehr schlecht gestimmt und wünscht, daß endlich ein System gefunden werde, um in Würde den Dienst im Rheinland aufrecht erhalten zu können." — Die beste Lösung wäre die beschleunigste Räumung der zweiten und dritten Zone. Frankreichs Sicherheit wäre dadurch besser gewährleistet, als durch eine für die Okkupationsmacht wie für die besetzten Gebiete auf die Dauer unerträgliche Belastung.

Englische Anerkennung für das Rettungswerk der „Bremen".

Der Dampfer „Bremen", der in der letzten Woche den heroischen, aber nicht voll erfolgreichen Versuch machte, die Mannschaft des „Laristan" zu retten, ist am Montag morgen in Queenstown angekommen. Die geretteten Mitglieder der Besatzung sind voll Lobes über den Heldenmut der Offiziere und Mannschaften der „Bremen". Ein Mann von der Besatzung der „Laristan" gab seiner Bewunderung über die gute und freundliche Behandlung, die ihm die Deutschen an Bord der „Bremen" zuteil werden ließen, Ausdruck. Der Kapitän der „Bremen" wurde in Queenstown von dem ersten Bürgermeister begrüßt, der ihm den Glückwunsch der Bevölkerung zu seinen glänzenden Leistungen aussprach.

Hilfe in Seenot.

Newyork, 1. Febr. Der Dampfer „Westfalen" der Hamburg-Amerika-Linie meldet durch Funkspruch, daß er 1000 Meilen östlich Race hem in Seenot geratenen holländischen Frachtdampfer „Alkaid" zur Hilfe geeilt ist. Ein weiterer Funkspruch des Kapitäns Graalfs von dem Dampfer „Westfalen" der Hamburg-Amerika-Linie meldet, daß er die zwanzig Mann starke Besatzung des holländischen Frachtdampfers „Alkaid" 500 Meilen östlich von St. John (Neufundland) an Bord genommen hat, nachdem 24stündige Versuche, das Schiff zu retten, vergeblich waren. Der nördliche Teil des Atlantischen Ozeans ist seit Freitag vom schweren Stürmen heimgesucht. Das amerikanische Unterseeboot „T. 3" mußte von einem Dampfer in Schlepptau genommen werden, da sein Oelvorrat ausgegangen war. Verschiedene kleinere Schiffe befinden sich in Seenot.

Jmmer und nur **Rahma-buttergleich** MARGARINE

Maul- und Klauenseuche.

In **Langenalb**, Bez.-Amts Pforzheim, ist die Seuche **ausgebrochen**. Hiewegen gilt folgendes:

Sperrbezirk: Langenalb und Gehöfte im Holzbachtal;

Beobachtungsgebiet: im Oberamtsbezirk Neuenbürg **Conweiler** und **Pfinzweiler** nebst Hasenstock.

Die oberamtliche Bekanntmachung vom 26. v. Mts. — Enztäler Nr. 21 — wird insoweit geändert.

Neuenbürg, den 1. Febr. 1926. **Oberamt.** Amtmann Heckel.

Maßnahmen zur Verhütung der Verschleppung des Rotzes der Einhufer.

Durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 25. Januar 1926 (Staatsanz. Nr. 21 ist die V.O. vom 25. Mai 1925 (St.-A. Nr. 122 — Enzt. Nr. 129) **aufgehoben** worden, da die Gefahr der Einschleppung des Rotzes der Einhufer aus anderen deutschen Ländern als beseitigt angesehen werden kann.

Neuenbürg, den 29. Jan. 1926. **Oberamt:** Amtmann Heckel.

Wir bringen in Erinnerung, daß auch unsere

650 Zweigstellen

kostenfrei Einlagen annehmen und Rückzahlungen leisten

Württemberg. Landessparkasse

gegründet 1818

Stuttgart, Kanzleistraße 25

Zweigstellen in

Neuenbürg	**Martin Lutz**, Fa. Th. Weiß,
Calmbach	Ortssteuerbeamter **Höger**,
Dobel	Pfarrer **Faber**,
Enzklösterle	Pfarrer **Heger**,
Herrenalb	**K. Bechtle**, Stadtpfleger,
Höfen	**Albert Stegmaier**, Kaufmann,
Loffenau	O.-Steuerbeamter **Huttenlocher**,
Schömberg	Pfarrer **Supper**,
Wildbad	**Ludw. Kappelmann**, Kaufm.

Wer Reichs- und Staatsanleihen (Altbesitz) zur Aufwertung anzumelden hat, beeile sich und warte nicht, bis der Schluß der Anmeldefrist, Ende Februar, nahe rückt.

Papier-Servietten,

mit und ohne Druck, liefert rasch die

C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg

Ab **Dienstag den 2. Februar** beginnt mein

Sonder-Verkauf

Woll- und Seidenstoffe

Mantelstoffe u. Waschstoffe

Auf die bereits aufs äußerste zurückgesetzten Preise gewähre ich

10-30 Prozent Rabatt

Nur Qualitätsware

Modehaus **ALT** **Pforzheim** Dillsteiner Strasse 24

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

5 billige Mittelmeer-Fahrten 1·9·2·6

mit Doppelschrauben-Salondampfer „Lützow" / Unterbringung nur in 1- und 2-bettigen Kabinen / Anerkannt vorzügliche Verpflegung und Bedienung / Kostenlose Auskunft und illustrierte Prospekte durch alle Vertretungen

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

in **Neuenbürg: Theodor Weiss**, Hauptstr.;

in **Stuttgart:** Generalvertretung Passagebüro **Rominger**, Königstrasse 15.

Turn-Verein Neuenbürg.

Sämtliche Mitglieder im Alter von 14 bis 25 Jahren werden gebeten, zwecks **wichtiger Besprechung** am **Donnerstag, den 4. Febr. 1926, abends 8 Uhr**, in der Turnhalle zu erscheinen. Auch Nichtmitglieder in dem vorerwähnten Alter sind hierzu höfl. eingeladen.

Das Schülerturnen wird bis auf Weiteres am **Freitag** von 6—½8 Uhr **abends** abgehalten.

Der Turnausschuß.

Wer

gibt jungem Mann (27 Jahre) **200 Mark** zur Gründung eines Fabrikations-Geschäfts gegen pünktliche Rückzahlung und guten Zins auf 4 Monate?

Angebote unter Nr. 11 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Gräfenhausen, 1. Febr. 1926.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgang unserer lieben, unvergeßlichen, Tochter und Schwester

Emma Dohl, Witwe, geb. Ahr,

danken wir herzlich, auch für die liebevolle Pflege der Krankenschwester, sowie allen denen, die sie während ihrer Krankheit besucht haben, ebenso für die vielen Kranzspenden und für die Begleitung zur letzten Ruhestätte, sagen wir unseren tiefgefühlten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dienstmädchen,

nicht unter 17 Jahren, in kleinen Haushalt gesucht. Erfahrung im Kochen erwünscht.

Frau Stadtschultheiß **Bausch**, **Maulbronn.**

Igelsloch.

Eine **Kuh**

mit dem ersten Kalb hat zu verkaufen **Johannes Stahl.**

Turnverein Neuenbürg

Männerriege.

Morgen abend 8 Uhr

Wiederbeginn unserer regelmäßigen Turnstunden.

Weitere Herren, denen am deutschen Turnen gelegen ist, ladet ein

der Turnwart.

Visiten-Karten

liefert rasch und billig

C. Meeh'sche Buchdruckerei